

Politische Uebersicht.

Der amtlich enthüllte Diamantenschwindel.

Mit Herrn Dernburg sind in den letzten Monaten die Blätter mancher kolonialen Interessentengruppen recht unansft umgesprungen, und in den Kolonien selbst, besonders in Südwestafrika, wurde er nicht nur öffentlich scharf angegriffen, sondern auch gefasene Resolutionen gegen ihn gefast; so in Windhof und Lüderichsbucht, wo auch die Gemeinderäte an der Protestaktion sich beteiligten. Nun ist aber Dernburg, man mag sonst über ihn denken wie man will, nicht der Mann, sich ruhig im Barte tragen zu lassen. Gestern nahm er in der Budgetkommission die Opponenten sich vor, besonders die Kulturpioniere in Südwestafrika, die den Reichstag um die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen die Dernburgschen Transaktionen bitten. Zunächst ging Dernburg darauf ein, daß die Opponenten die rechtliche Gültigkeit der mit der Deutschen Kolonialgesellschaft abgeschlossenen Verträge bestreiten und bei der Diamantengewinnung Vorteile haben wollen, die der Gesellschaft nicht zu gewähren sind. Dernburg wies nach, daß die juristisch-rechtliche Gültigkeit dieser Verträge und Rechte der Kolonialgesellschaft nicht angefochten werden könne. So wahr das auch ist, so bedauerlich ist es, denn das Reich ist in hohem Maße benachteiligt, obwohl durch das der Gesellschaft erteilte Bergregal wie durch die Landkonzessionen. Die Zugeständnisse, die die Gesellschaft im Sommer 1908 gemacht hat — allerdings vor den Diamantenfunden, von denen man damals noch keine Ahnung hatte —, sind minimal. Durch eben diese Diamantensuche im durchschnittlichen Wert von 2 Mill. Mark monatlich, ist nun ganz Südwestafrika in einen Spekulationssturm geraten, der selbst einen Kredit mit Entschens erfüllte. Meinte er doch gestern, was man jetzt in Südwest an Börsenschwindeleien und wilden Spekulationen erlebe, übersteige alles bisher Dagewesene. Schon jetzt bestehen 40 Diamantengesellschaften mit einem Kapital von 4 254 000 Mk., wovon jedoch nur 192 000 Mk. eingezahlt worden sind. Die Teilhaberscheine der notierten Gesellschaften haben gegenwärtig einen Kurswert von 17 Mill. Mark, jedoch nur 1 1/2 Millionen sind eingezahlt. Herr Dernburg erzählte, daß ein Vertrauensmann des Bürgermeisters von Lüderichsbucht, ein früherer Unteroffizier, gelegentlich auf einem Gebiet einige Diamanten „verloren“ hat, worauf die Spekulation mit ungeheuren Summen mit diesem Felde operierte. Der Lüderichsbuchter Bürgermeister hat bereits für 900 000 Mk. Anteile verkauft; viele andere Glücksritter sind in kürzester Zeit Millionäre geworden. Nach Dernburg beschränkt sich die Tätigkeit der Spekulationsgesellschaften darauf, daß sie für 60 Mk. einen Schürfschein lösen, dann auf dem Schürffelde einen Pfahl mit der Firma einrammen und dann sofort an der Börse in Lüderichsbucht die Spekulation en gros betreiben. Durch die Eintragungen dieser Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat der einzige Notar in Lüderichsbucht eine tägliche Einnahme von mindestens 4000 Mk. Ein ebenso ungeheurer Schwindel wie gefährlicher Raubbau habe eingeleitet, die Kontingenzierung der Diamantproduktion müsse in aller nächster Zeit folgen, um einer Entwertung vorzubeugen. Der Verkauf der Diamanten geschieht ja heute schon in Regie. Die Schürfer müssen alle Diamanten abliefern gegen Scheine; der Verkauf wird durch eine Zentrale in Berlin geleitet und die Schürfer erhalten den Erlös von dieser Zentrale nach Abzug der dem Reich und der Besitzerin des Bergregals zu zahlenden Prozente. Die tägliche Einnahme des Reichs aus Diamantenprozenten beläuft sich gegenwärtig auf rund 17 000 Mk. Herr Dernburg erklärte gestern, daß er im Plenum des Reichstags auf die Vorgänge näher eingehen werde. Er lasse sich auf keinen Fall dahin drängen, mit in das Geschrei einzustimmen: Südwestafrika den Südwestafrikanern! Deutschland treibe keine Kolonialpolitik, nur um in Südwestafrika einige Millionen zu züchten. Scharf wandte sich Dernburg auch gegen die Gemeindeverwaltung in Windhof, die beschlossen habe, daß selbst jeder Deutsche, der keinen festen Wohnsitz in der Kolonie habe, 2000 Mk. Steuern bezahlen müsse, wenn er in Windhof etwas verkaufen wolle. In einer dem Reichstage vorgestern zugegangenen Denkschrift über die Verhältnisse im Diamantgebiet führt Herr Dernburg geradezu tolle Beispiele für die wahnsinnige und wilde Spekulation an, die betrieben wird. Auf die Denkschrift wird noch näher einzugehen sein. — Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt werden.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 13. Januar. Noch volle vier Stunden sah heute die Regierung auf der Anklagebank wegen der Maßregelungen in Kattowitz. Hageldicht sausten heute die Tische auf sie nieder, die schmerzhaft gewesen sein werden trotz der Rhinoceroshaut, die den hervorragendsten Befähigungsnachweis für deutsche Staatsmänner bildet. Schon der alte Freisinnsmann Schrader stimmte so kräftige Töne an, wie sie selten aus den Reihen der bürgerlichen Linken zu vernehmen sind. Zu einem schonungslosen moralischen Strafgericht für die Regierung gestaltete sich die Rede des Genossen Südekum, dem das ganze Haus mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörte. Südekum geisterte zunächst die Taktik des „Herrn Majors v. Bethmann“, sich taubstumm zu stellen und nicht zu erscheinen. Dann brandmarkte er die polnische Reichstagsfraktion, die das Schicksal des letzten Steuerraubzuges in der Hand hatte, aber den polnischen und hakatistischen Schnapsjüngern zuliebe dem unterdrückten, ausgebeuteten und schitanterten polnischen Proletariat die Steuerlast mit aufwälzen half. Wenn bei der Regierung nicht der Mangel an Intelligenz vorhanden wäre, könnte man an ein abgetarntes Spiel glauben, dergestalt, daß die Regierung die Maßregelungen vorgenommen hat, um der polnischen Fraktion zu ermöglichen, die empörten polnischen Massen von sich abzulenken. Ganz aufgeregt liefen die polnischen Herrschaften durcheinander, selbst der alte Fürst Radziwill

juchtelte wild umher, so tief sah ihnen dieser Pfeil im Fleische. Südekum wies auch nach, weshalb ein gefundenes Fressen für das Zentrum diese schandbare Maßregelung ist, denn das Zentrum kann sich jetzt als die Hüterin der Verfassung und der Beamtenrechte aufspielen und die über die Steuerbelastungen aufgebracht Beamten wieder einzufangen versuchen. Die Zentrumsauguren lachten sich verständnisvoll an, sie wußten: Südekum hatte den Nagel auf den Kopf getroffen.

Die in so grellen Farben geschilderte großpolnische Gefahr charakterisierte Südekum als Schwindel; die Hakatisten wollen billige polnische Arbeiter und riesige Profite am Handel mit Ländereien. Die Unfähigkeit und Brutalität der Regierungsbureaucratie, die Drangsalierung mißliebiger Parteien geisterte unser Genosse aufs trefflichste und überströmte dabei die beiden Staatssekretäre Delbrück und Kraetke unter stürmischem Gelächter des Hauses mit wohlverdientem Hohn. Dann kamen die Nationalliberalen an die Reihe, die gestern den Sachsen Heintze zu einer blöden und elenden Polenschehe kommandiert hatten. Als Südekum die nationalliberalen Lataien an den Nikolsburger Frieden erinnerte, wo Bismarck für sie ausbedingen mußte, daß sie nicht als Hochverräter prozessiert werden dürfen, weil sie das Königreich Sachsen an Preußen ausliefern wollten, wollte das Hohngelächter über die nationalliberalen Helben von der traurigen Gestalt kein Ende nehmen. Den Pfaffen von der polnischen Gefahr stellte Südekum die Tatsache entgegen, daß die nationalliberalen Schlotbarone in Westfalen Zehntausende Polen herbeischleppen, jene Provinz polonisieren, nur um den deutschen Arbeitern die Löhne drücken zu können. Die Antwort Delbrücks war von einer kläglichen Armseligkeit. Dem Abgeordneten Kolbe, einem unheilbaren hakatistischen Gymnasialprofessor in Ostelbien, schenkte niemand Aufmerksamkeit, der Pole v. D j e m b o w s k i und der Antisemit L a t m a n n hatten nichts Beachtenswertes zu sagen. Schwer gezüchtigt ist die Regierung aus diesen Verhandlungen hervorgegangen, ebenso die Nationalliberalen; aber auch die Polen werden kaum frohgemut an sie zurückdenken.

Der neue Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. L i e s k o, hielt seine Jungfernsrede zur Begründung der Novelle zur Strafprozeßordnung. Hoffentlich haben die Stenographen verstanden, was der Mann zusammen gemurmelt hat.

Die Berliner Jugendorganisation aufgelöst

Der Berliner Polizeipräsident hat mit Verfügung vom Donnerstag, den 13. Januar, die Berliner Jugendorganisation für aufgelöst erklärt. Also meldet kurz und erbaulich der Telegraph. Die Begründung folgt uns noch nicht vor. Dem Vernehmen nach ist sie nicht anders als eine Wiederholung jener Entscheidung, mit der der Oberpräsident von Brandenburg die polizeiliche Ueberwachung einer Jugendversammlung rechtfertigte.

Man sieht, welche tendenziösen Klassencharakter dieser Maßregel besonders grell zu beleuchten, paßt es ausgezeichnet, daß laut gestern eine Meldung durch die bürgerliche Presse lief, wonach der Nationale Jugendbund zu Potsdam sich einen Vortrag über Weltpolitik halten ließ. Diese Vereine erfreuen sich der gartesten polizeilichen Schonung.

Man sieht, welche treffliche Waffe in der Hand der Polizei das „liberale“ Vereinsgesetz bildet. Ob die liberalen Politiker gegen diesen brutalen Streich protestieren werden? —

Erstappte liberale Kulturkämpfer.

Der Konflikt der reichsländischen Regierung mit den beiden Bischöfen des Landes erhält ein eigenartiges Gegenstück durch eine Mitteilung der Kölnischen Volkszeitung. In einem Artikel ihres Straßburger Korrespondenten über den Kompetenzkonflikt ist folgende Stelle von allgemeinem Interesse:

„Hatte vor drei Jahren der Unterstaatssekretär den jetzt angezogenen Artikel 8 der organischen Artikel vergessen, als er den Bischof von Straßburg dazu bewegen wollte, durch eine öffentliche Kundgebung zugunsten des liberalen Reichstagskandidaten einzutreten?“

Hierdurch wird klipp und klar bestätigt, daß die Liberalen durch die Regierung sich des Bischofs bedienen wollten, als sie bei der Reichstagswahl 1907 in Straßburg im Kampf gegen die Sozialdemokraten standen, für deren Kandidaten, Reichstagsabgeordneten B ö h l e, die Situation in der Stichwahl günstiger wurde, weil das Zentrum Wahlenthaltung proklamiert hatte. Der Unterstaatssekretär, der damals den vergeblichen Versuch beim Bischof machte, ist der heute noch im gleichen Amte stehende Dr. P e t r i. Als damals die Sozialdemokraten und ihre Presse in Straßburg auf das unehrliche Manöver der Liberalen hinwiesen, wurden sie als Lügner und Verleumder beschimpft. Darf man nunmehr anfragen, wie sich die liberalen Kulturkämpfer zu dieser Mitteilung der Kölnischen Volkszeitung stellen? Oder riechen sie den Wehrauch der Klerikalen so wenig wie den Geruch der Fabrikantengelder, wenn damit ihren Wahlgeschäften gedient ist?

Geschäfte in Ostafrika.

In der Münchener Zeitschrift März wurde in einem Artikel Otto Corbachs eine erbauliche Geschichte aus der Praxis der Reichsbauverwaltung des Ostafrikanischen Schutzgebietes erzählt. Es wird dort mitgeteilt, daß der provisorische Hafen in Tlingtau an völlig falscher Stelle angelegt worden sei, daß die Fundamente und Sockel der Brückenpfeiler vom Seewasser fast gänzlich fortgewaschen wurden, weil der Wirtel, sachmännlich betrachtet, völlig unbrauchbar gewesen sei. Diese Angaben werden nun in der Frankfurter Zeitung mit einer Mitteilung ergänzt, die feststellt, daß bei den Hafenbauten in Tlingtau den Unternehmern wieder von Reichswegen viele Millionen in den Rachen geworfen wurden, wie das bei dem südwestafrikanischen Landshager und dem geplanten Drahhandel bereits nachgewiesen wurde. Nur daß in diesem Falle nicht Herrn Dernburg, sondern den Gönner des Kieler Frankentals, Herrn Tirpitz, die Verantwortung trifft.

Das Reichsmarineamt vergab vor zirka zehn Jahren die Arbeiten zum Hafen- und Raibau in Tlingtau. Für die Erdarbeiten erhielt der Unternehmer pro Kubikmeter eine Mark,

für den Kubikmeter Baggerarbeiten ebensoviel. Es wurde die billigste Art des Baggerbetriebes gewählt.

Wenn bei Massenförderungen, um solche handelt es sich hier in beiden Fällen, der Unternehmer in Deutschland für den Kubikmeter eine Mark erhält, so macht er ein vorzügliches Geschäft. Zum mindesten können Lohn- und Materialschwan- kungen bis zu 50 Proz. den Nutzen des Geschäfts bei einer so schönen glatten Arbeit nicht wesentlich beeinträchtigen. Die Löhne stehen in Deutschland im Mittel 3.50 bis 4 Mk. Aber hierzu treten die sehr erheblichen Unkosten für Versicherungsbeiträge, Krankenkassen, Altersversorgung und Berufsgenossenschaft. Wenn der Unternehmer in Tlingtau für den Kubikmeter eine Mark erhält, so macht er ein Bombengeschäft. Tüchtige Erdarbeiter gibt es in Tlingtau in Dille und Fülle, mehr als hier. Ebenso herrscht unter der Küstenbevölkerung Nordchinas kein Mangel an geeigneter Bagger- und Prahm- besatzung. Sie bekommen an Lohn für den Tag nicht ganze 3.50 bis 4 Mark, sondern nur 50 Pfg. Die Belastung des Unternehmers mit Wohlfahrtsbeiträgen fällt weg. Wenn nun der Mann pro Tag, hier wie dort, im Tage im geschichteten Boden nur 10 Kubikmeter fördert, so kann man leicht ausrechnen, was der Unternehmer täglich verdient hat, und was das ausmacht, wenn das Gesamtobjekt rund 20 Millionen Mark beträgt.

Bei den Arbeiten am Nordostkanal sind die Bagger- und Erdarbeiten mit nur 50 Pfg. pro Kubikmeter vergeben, der Arbeitslohn soll dabei 4 Mark pro Mann und Tag betragen, die Bestellung des Geräts belastet den Unternehmer, der sicher auch nicht umsonst „arbeitet“. Warum sollte also in Tlingtau das Doppelte für den Kubikmeter gezahlt werden? Sollte etwa die Verwendung der Geräte in Ostasien ein so großes Risiko erfordern, daß es die horrenden Ueberzahlung der Unternehmerleistung rechtfertigt? Keinesfalls. Denn siehe, die Mitteilung der Frankfurter Zeitung vernichtet auch diesen Profitvorwand:

Unter gewöhnlichen Umständen hat man bei der Kalkulation von Selbstkosten die Unterhaltung und Amortisation der Geräte mit in Rechnung zu ziehen. Aber das letztere braucht man hier nicht. Denn infolge vertraglicher Abmachung hat der Marinefiskus die Geräte — ob alle oder nur einen Teil ist unbekannt — es macht auch beinahe gar nichts aus — dem Unternehmer bei Uebernahme der Arbeiten mit 1/10, in Worten Neunzehntel, und bei der Schlussrechnung mit Einzehntel des Wertes zu bezahlen.

Demnach bestand das Risiko des Unternehmers bei der Uebernahme der Arbeit eigentlich nur in der Vorauszahlung der Fahr- und Zehrkosten für die deutschen Beamten. „Ein gutes, sicheres Geschäft“ — wird er gesagt haben.

Frankenthal und Jakobsohn werden vor Reib spielen.

Die Mitteilung der Frankfurter Zeitung veranschlagt schließlich den wirklichen Kostenpreis der mit 20 Millionen Mark berechneten Arbeiten auf höchstens die Hälfte dieser Summe, doch sei bemerkt, daß die Marineverwaltung über die nötigen Geräte verfügt und so in eigener Regie ohne Unternehmer die Arbeiten erledigen hätte können. Das Frankfurter Finanzblatt tröstet sich mit der Tatsache, daß der glückliche Unternehmer — weil ihm im Siegerkranz — ein Deutscher sei. Für die deutschen Arbeiter bedeutet das keinen Trost. Es bewahrheitet sich, was die Sozialdemokratie in den Tagen des höchsten Kolonialrummels immer wieder festgestellt hat: die deutschen Schutzgebiete wurden mit dem Gut und Blut des arbeitenden Volkes geschaffen, um dem Unternehmertum die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und so die Einleitung höherer Profite aus Geschäften mit dem Reich zu sichern. Wie steht es denn mit der Arbeitslosigkeit für deutsche Arbeiter in den Schutzgebieten? Und wie denkt ein hoher Rechnungshof über diesen etwas spät aufgedeckten Kolonialskandal?

Ostafrikanisches.

Die Fortführung der Usambababahn wurde gestern von der Budgetkommission des Reichstages gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Herr Dernburg hielt nachmalig eine halb warnende, halb aufmunternde Rede an die Leute, die ihr Glück in dieser Kolonie versuchen wollen. Genosse L e d e b o u r charakterisierte dieses Dernburgsche Diplomatenkunststückchen ganz treffend durch den Hinweis, daß Dernburg sich für alle Fälle den Rücken decken wollte. Klappert der Versuch mit den Insiedlern, wird Herr Dernburg erklären: ich habe es immer gesagt, daß in Ostafrika die Befriedung eine Zukunft hat; geht aber die Geschichte schief, wird Herr Dernburg darauf verweisen, daß er an dem und dem Datum eindringlich gewarnt hat. Bemerkte sei, daß Ostafrika gegenwärtig ganze 3387 Weiße zählt, darunter 2884 Deutsche, von denen 353 Beamte sind, 213 Angehörige der Schutztruppe, 374 Millionäre und Geistliche und 775 Ansiedler, Kaufleute, Gastwirte usw. Der Gesamthandel belief sich 1908 auf 38,8 Millionen Mark; 25,8 Millionen Einfuhr und 10,8 Millionen Ausfuhr. Deutschland ist daran mit 10,7 Millionen Einfuhr und 6,1 Millionen Ausfuhr beteiligt. Es handelt sich also um recht bescheidene Ziffern, zumal in die Einfuhr auch noch das eingeführte Geld eingerechnet ist.

Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag in der Kommission.

Die sechste Kommission des Reichstags, die diesen Handelsvertrag zu beraten hatte, ist mit ihren Arbeiten fertig bis auf die Vornahme der Abstimmung, die am Donnerstag, 20. Januar, verschoben wurde. Der Vertrag zeigt so recht, wie schwierig es ist, auf Grund des deutschen Zolltarifs brauchbare Handelsverträge abzuschließen. In dem Vertrag sind zwei Tabellen enthalten, die eine bezeichnet jene Gegenstände, auf die der Zoll einseitig von der portugiesischen Regierung jederzeit erhöht werden kann, es sind das eben die Artikel, an deren Export die deutsche Industrie stark interessiert ist. Demgegenüber will es nichts besagen, daß in einer weiteren Tabelle eine Menge Gegenstände aufgezählt werden, für die der Zoll fest gebunden ist. Denn hier handelt es sich meist um Artikel, die aus Deutschland wenig oder gar nicht bezogen werden. Die Interessenten sind gespalten. Der eine Teil ist für den Vertrag, der andre dagegen. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, dafür lieferte der nationalliberale Abgeordnete Merkel ein Beispiel. Ein deutscher Attaché hatte laut dessen Angaben nach Portugal telegraphiert und deutsche Importeure gebeten, eine Petition für den Vertrag an den Reichstag zu senden. Nach Angabe des genannten Abgeordneten ist diese Petition, die noch nicht eingetroffen ist, auch von den Konsuln anderer Mächte unterzeichnet. Die Stimmung in der Kommission war so, daß mit der Ablehnung des Vertrags, an dem nichts geändert werden kann, gerechnet werden könnte. Deshalb die Hinanschiebung der Abstimmung. Jedemfalls kann nicht gesagt werden, daß die Gesamtheit der Industrie von diesem Handelsvertrag Vorteile hat. Genosse Mollenhuth wies in nachdrücklicher Weise darauf hin, daß derartige Handelsverträge die unausbleibliche Folge der deutschen Zollpolitik sind.

Berlin, 14. Januar. Man kann annehmen, daß der Kompetenzgerichtshof jedenfalls nicht vor Mitte März zusammentreten wird, um sich mit der Streitsache Hellfeld zu beschäftigen.